

1.7. Ostöffnung

Mit dem Thema Ostöffnung hat sich der Beirat in der Studie „Ostöffnung“ und im „Positionspapier zu ausgesuchten Themen rund um die Regierungskonferenz 1996, Kapitel Osterweiterung“ auseinandergesetzt.

Die Auswirkungen der Ostöffnung werden in der Öffentlichkeit meist zu negativ gesehen. Es überwiegt dabei das Bild der Verlagerung einzelner Produktionsstätten nach Osteuropa, die Steigerung der österreichischen Exporte nach Osteuropa bleibt dabei zu sehr im Hintergrund. Die Handelsbilanz mit den Oststaaten hat sich seit der Ostöffnung um mehr als 10 Mrd. S verbessert. Die Beschäftigung in Österreich hat sich dadurch erhöht, selbst wenn überwiegend arbeitsintensive Produktionen verlagert wurden. Aufgrund des Preisdruckes haben sich allerdings auch nicht meßbare strukturelle Arbeitsmarktprobleme verfestigt. Zusätzlich ergibt sich für Österreich, ob seiner geographischen Nähe, auch das Problem des Kaufkraftabflusses, welches ebenfalls negative Auswirkungen auch auf die Beschäftigung insbes. im grenznahen Bereich mit sich bringt. Der Gesamteffekt der Ostöffnung auf die Beschäftigung in Österreich ist daher nicht exakt zu quantifizieren.

Ein EU-Beitritt östlicher Nachbarstaaten würde darüber hinaus das Problem einer freien Zuwanderung aus Osteuropa aufwerfen. Ein völlig freier Arbeitsmarkt (Pendlerströme und Personenverkehr) würde vor allem jene Regionen nahe der Ostgrenze treffen, die jetzt schon unter hoher Arbeitslosigkeit leiden. Ähnliches gilt für den Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungen. Die Sozialpartner betonen daher die Notwendigkeit für eine nur schrittweise Realisierung der Freizügigkeit mit relativ langen Übergangsfristen und allfällige Schutzklauseln im Falle des Beitritts der MOEL. Unter den derzeitigen Bedingungen erscheint jedenfalls in absehbarer Zeit der freie Zugang zum österreichischen Arbeits- und Dienstleistungsmarkt durch Bürger der MOEL nicht realisierbar.

1.8. EU-Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat die Attraktivität Österreichs als Wirtschaftsstandort erhöht – wie die Sozialpartner in ihrer Standortstudie erwartet haben. Die Verbesserung der Standortqualität Österreichs zeigt sich schon in den steigenden Nettoexporten und in den Investitionsplänen multinationaler Konzerne, sie wird aber erst langfristig voll zur Geltung kommen.

Die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt waren jedoch in der Anfangsphase überwiegend negativ. Es kam zu Rationalisierungswellen vor allem in jenen Branchen, die nun voll in den Integrationsprozeß einbezogen wurden: im Nahrungsmittelbereich und bei einzelnen Dienstleistungen (insbesondere Handel, Speditionen). Rationalisierungsinvestitionen im Energie-, Telekom- und Finanzdienstleistungsbereich stehen noch an. Auch für jene Bereiche empfehlen sich gegebenenfalls branchenspezifische Übergangshilfen, ähnlich wie etwa im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie („AUFLEB“).